

## **„Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ Lateinamerikas und der chinesische Weg unter Verwendung kubanischer Literatur, von Gerd Elvers**

### **Praxis vor Theorie im „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“**

Hinter dem anspruchslos klingenden „Socialismo del siglo XXI“ steckt ein kühnes Projekt der sozialistischen Regierungen Lateinamerikas. Dahinter verbirgt sich der Anspruch, dass dieses Jahrhundert entscheidend vom Sozialismus geprägt sein wird, unbeeindruckt vom historischen Debakel, das sich 12 Tausend Kilometer entfernt in Eurasien abgespielt hat. Der kubanische Essayist Fernando Martínez Heredia stellt fest, dass - anders als von Marx postuliert - nicht die Ökonomie (einer hochentwickelten Industriegesellschaft) die Basis des Sozialismus sein muss. Vielmehr hätten Fidel Castro und Che Guevara mit dem Triumph der Revolution eine Alternative für ein unterentwickeltes Land Lateinamerikas nachgewiesen (1). Andere lateinamerikanische Länder wurden in der Wende zum 21. Jahrhundert ermutigt, den sozialistischen Weg einzuschlagen, nicht über eine gewaltsame Revolution sondern über die Wahlen. Der Sozialismus des XXI. Jahrhunderts ist insofern kein Modell für Europa mit seinen entwickelnden Ländern, in denen wahre Demokratie, soziale Gerechtigkeit über die Umverteilung schon produzierter Werte realisiert werden sollen. Es ist mehr. Es ist ein Modell der Umverteilung und zugleich eines der Entwicklung, in dem der kulturelle und soziale Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft einher geht mit dem ökonomischen Aufbau, aufs engste mit ihm verzahnt. Der Vergleich mit China drängt sich auf, dem wir später genauer nachgehen wollen. Der Erfolg des einen hängt vom anderen ab. Die Methoden der Ökonomie müssen mit den sozialistischen Zielen kompatibel sein. Aber: Es geht nicht nur um sozialistische Ideale, sondern um konkrete Ziffern des Sozialprodukts. Die Ideale müssen der Ökonomie förderlich sein, sie dürfen ihr nicht entgegenstehen, sondern sie fördern. Zugleich dürfen hehre Prinzipien des Sozialismus nicht auf dem Altar von angeblichen ökonomischen Zwängen geopfert werden. Eine Herkulesaufgabe.

Diese Verzahnung der ökonomischen Entwicklung mit dem Aufbau des Sozialismus und den damit zusammenhängenden Faktoren wie Sozialstruktur, Kultur, Bildung usw. – ist eine immens praktische Frage. Beim Einstieg in die Transformation vom Kapitalismus zum Sozialismus kommt es – quasi unvermeidlich - zu Kontroversen innerhalb von Linken, wenn die Theorie mit der Praxis verbunden werden soll, wie die Zeitschrift der Luxemburg Stiftung im Fall Venezuela dokumentiert (2). Francois Houtart stellt am Anfang seiner „Vier Reflektionen über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ fest, dass „der Sozialismus des XXI. Jahrhundert ein Projekt ist - zergliedert in hunderten von Unterprojekten - und einem Konzept vorangestellt ist“ (3). Projekt steht für Praxis, eingebettet in einer grundsätzlich marktwirtschaftlichen Struktur, Konzept steht für Theorie, in der sozialistische Prinzipien wie ein wachsender öffentlicher Sektor Bedeutung zukommt. Das Ergebnis eines Projekts ist – konfrontiert mit unbekanntem Realitäten auf dem unklarem Terrain von Marktwirtschaften, - nicht von vornherein klar. Um die Risiken einzugrenzen, greifen Venezuela, aber auch Kuba, das mehr über die Planifikation als über den Markt operiert, daher des Öfteren auf Modellversuche zurück – in Kuba z.B. innerhalb der neugegründeten Provinz Artemisa, die falls bewährt, auf die übrigen Provinzen übertragen werden. Ist ein Modell erfolgreich, wird es auf den Gesamtstaat übertragen.

Entsprechend den neuen Erfahrungen wird die Politik der staatstragenden Partei sowie das Erlassen von staatlichen Direktiven und Verordnungen korrigiert. Mit zeitlicher Verzögerung werden zuletzt die Verfassungen in Volkskongressen revidiert – ein übliches Verfahren in China als ein Teil des „chinesischen Weges“. Dieses rationale Verfahren einer Verknüpfung von Grundsätzen mit Realitäten in pragmatisch marktwirtschaftlicher Form drängt sich sozialistischen Parteien auf, die zugleich Regierungsverantwortung tragen und dem Volk gegenüber die sparsame aber zugleich wirksamste Verwendung seiner Ressourcen nachweisen müssen. Auf dem Boden neu gemachter

Erfahrungen – neu, weil mit Ausnahme des sowjetischen NEP kurz nach der Oktoberrevolution noch nie vorher experimentiert - wird der Sozialismus des XXI. Jahrhunderts fortentwickelt, Schritt für Schritt, paso a paso. Das alte eurasische Modell des ökonomischen Aufbaus über eine stringente Planung ist durch eine „Planifikation mit marktwirtschaftlicher Orientierung“ abgelöst worden.

### **Der Tentakelkapitalismus als Herausforderung des Sozialismus Lateinamerikas**

Die Brasilianerin Virginia Fontes hat eine fulminante Arbeit über die kubanische Revolution und die Imperialismenformen Lateinamerikas erstellt (4). Ich möchte sie in einigen Teilen kommentierend ergänzen. Sie spricht von einem „Essay“, was im Deutschen ein wenig zu poetisch klingt. Als Mitarbeiterin des „Nationalen Rates über die wissenschaftliche und technologische Entwicklung Brasiliens“ hat sie eine wissenschaftlich fundierte Arbeit vorgelegt. Sie nennt ihre Arbeit provokativ, was eine professionelle wissenschaftliche Ausarbeitung nicht ist, und sie spricht von „Imperialismen“ in Plural, wo ich lieber vom globalisierten Kapitalismus sprechen würde. Seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts stellt sie für Lateinamerika – aber auch für andere Kontinente - einen massiven Kapitalstrom aus den hochindustrialisierten Ländern fest, was die lokale Schicht der Bourgeoisie (burguesía) in vielen lateinamerikanischen Ländern wachsen ließ. Die unterschiedliche Aufschließung peripherer Staaten für das globale Kapital verstärkte die schon vorhandene Diversifikation zwischen den Staaten Lateinamerikas, aber auch die ungleiche Entwicklung innerhalb eines Landes. Von den großen internationalen Kapitalien ausgehend haben sich wie Tentakel Zweigstellen transnationaler Konzerne sowie lateinamerikanische Subkapitalien in der Hand Einheimischer verbreitet auf der Grundlage des nationalen Privateigentums. Ursachen sind eine intensive weltweite Ausbreitung von kapitalgesteuerter Ausbeutung von Natur, Land und öffentlichen Ressourcen, Ursachen sind eine extreme Konzentration von Finanzkapital, das seine Anlagen in Lateinamerika sucht. Folgen des Tentakelkapitalismus sind Rückschritte in demokratischen Eroberungen durch „Vereinigungen von Aktionisten“ (asambleas de accionistas), die unter der Bemäntelung von „liberalen Sozialdemokraten“ mit der Durchsetzung des Neoliberalismus zugleich die Ausbreitung von postmodernen Verhaltenskulturen vorangetrieben haben wie Individualisierung und Fraktionierung der Arbeiterschaft, Verbreitung und Abwertung (banalización) der Arbeit ohne Rechte, Propagierung einer neuen Pädagogik des freien Unternehmertums, Mystifizierung der lokalen Eliten, wie sie sich in den Tele-Novelas Brasiliens niederschlagen, ein Exportschlager des Landes. Die soziale Konsequenz im Innern der Staaten ist das Entstehen einer neuen Mittel- und Oberschicht, die als lokale nationale Kapitalträger mit internationalen Verbindungen die Kontrolle über die Arbeit – und damit über große Teile der Politik - fest in der Hand haben - bei gleichzeitiger Internationalisierung der Kapitalien. Diesen Prozess bewertet die Autorin als eine neue und perverse Form der Modernisierung Lateinamerikas.

Das Wachstum einer einheimischen Bourgeoisie im Handel, der Industrie und im Bankenbereich ist national verwurzelt, angestoßen von transnationalen Konzernen zumeist der USA und ihrer europäischen Alliierten. Indem das internationale Kapital auf diese Weise die staatlichen Grenzen unterwandert, sind die lokalen Kapitale nach der Meinung der Autorin formal zwar national autonom, macht sie aber zu Servilen des Imperialismus. Mit ihnen geraten ihre Staaten in neokoloniale Abhängigkeiten von den USA. Jeder Weg in den Sozialismus stößt folglich auf den heftigsten Widerstand, wie dies sich in der Geschichte vieler lateinamerikanischen Staaten belegen lässt, zuletzt der Putsch in Honduras, in der Armee und Bourgeoisie, mit Förderung der USA zu einem Sturz des gewählten Präsidenten zusammenfanden.

Nach meiner Meinung muss diese „freiwillige Subordination“ nicht auf alle einheimischen Kapitalisten zutreffen. Deshalb spreche ich lieber von einem Tentakel-„Kapitalismus“, weil die Verbindung zwischen kapitalistischer, lokaler Oligarchie zum Imperialismus sich in der

Postmoderne nicht mehr in einer linearen Geraden oder in „binären Entweder-Oder-Modellen“ durchziehen lässt, wie dies früher die linke Politökonomie für Lateinamerika und die Welt in der Phase der Moderne beschrieb (5). Lateinamerika weist eine lange Tradition nationalistisch gesinnter Mittel- und Oberschichten und von ihnen geprägten Staaten auf. Mit dem Wachstum nationaler Kapitale treten diese in Konkurrenz zu den internationalen Zweigstellen in ihrem Land und den internationalen Konzernen weltweit. Soweit sie ihre Renditen garantiert sehen, können diese ihren nationalen Stolz und Selbstbestimmung voran stellen. Aus Caudillo-Diktaturen werden sozialdemokratisch-liberale Staaten. Die vom Imperium abhängigen „Bourgeois“ (burgués) werden zu „Staatsbürgern“ (ciudadanos). Das machtbewusst gewordene Brasilien steuert zunehmend eine von den USA unabhängige Außenpolitik und legt sich mit deutschen Multis an, um einen Milliarden-Streit um fehlgeleitete Investitionen auszufechten. Ein anderes Beispiel ist Venezuela. 1989 wurde das Land durch die rigorose neoliberale Politik vom Präsidenten Carlos Andrés ins Chaos gestürzt. Die Plünderungen der Geschäfte in Caracas und anderen Städten (los saqueos de pequeños y medianos propietarios,) nahmen so überhand – eindrucksvoll dokumentiert im Runden Tisch des kubanischen Fernsehens am 10. März 2012 - dass ein Teil ihrer geschockten Inhaber 10 Jahre später in einem sozialistischen Präsidenten namens Hugo Chávez den Bewahrer der Ordnung sahen(6).

Die komplexer gewordenen Verhältnisse stellt Virginia Fontes so dar, dass ein Teil des selbstbewussten Bürgertums Brasiliens alternativ zu den gängigen Kapitalismus- und Sozialismusmodellen den „preußischen Weg“ als einen dritten Weg der Entwicklung propagieren und von einer „konservativen Modernisierung“ oder einer „passiven Revolution“ sprechen (7). Greifen wir diesen Hinweis auf: Von einem nostalgischen Auslaufmodell Preußens wie in vielen Reden zu den „Feierlichkeiten“ zum 300. Gedenktage in Deutschland kann keine Rede sein, wie Singapur, Südkorea und Japan aufweisen. Bekanntlich hat Preußen bis zu Bismarck eine Modernisierung der Landwirtschaft initiiert (Kartoffel- und Zuckerrübenanbau, geregelte Forstwirtschaft, Einsatz von Chemie), die allgemeine Schulbildung eingeführt, eine effektive Beamtenschaft aufgebaut und einen erheblichen Teil der entstehenden Arbeiterschaft an den Staat herangeführt – z.B. durch den Einstieg in eine allgemeinen Volksversicherung und die Einführung des Wahlrechts für Männer. Zu den weltweit anerkannten preußischen „Tugenden“ zählen Präzision, Stabilität, Disziplin, Zuverlässigkeit, Effizienz. Dies waren strukturelle Voraussetzungen für die Industrialisierung und zugleich Militarisierung des Deutschen Reiches.

In Kuba ist kürzlich der Wiederabdruck eines Artikels von Herbert Marcuse über Max Weber erschienen, in dem Marcuse darauf hingewiesen hat, dass für den Gründer der modernen Soziologie das deutsche Bürgertum unter der Führung Preußens sich dazu berufen gefühlt hat, den Sozialismus und die Revolution 1918 zu zerstören. Im Bündnis mit dem Staat wurden feudale Strukturen abgeschafft, Modernisierung und Demokratisierung sowie zeitweise staatliche „Rationalität“ im Kapitalismus durchsetzte, wie die Standardisierung der Buchhaltung oder die DIN-Norm (8). Basierend auf seinen modernen soziologischen Untersuchungen konnte Max Weber schon 1895 voraussehen, dass in dem heraufdämmernden 1. Weltkrieg die proletarischen Massen zu den Kriegsparteien halten würden - anders als die Sozialisten, deren internationalistischen Ideale die Einsicht in die wahre Stimmung versperrt hatten. Die Sozialdemokraten folgten mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 nach Max Weber der Mehrheitsstimmung ihrer Wähler, die den Krieg – und den für sie sicheren Siegfrieden - als Kampf des deutschen Reiches um seinen zukünftigen Standort im internationalen Wettbewerb verstanden. Für die Massen ging es um die zukünftige Sicherung ihrer Arbeitsplätze.

Virginia Fontes unterschätzt die wachsende Rolle eines national gesinnten Bürgertums, weil zu diesem Punkt ihre Analyse zu undifferenziert ist. Wo sie sich um eine eigene verschränkte Syntax (propria tortuosa sintaxis) bemüht, fängt sie die widersprüchliche Realität ein. Dazu zählt, dass in

einigen Staaten die nationale Kapitalakkumulation so erstarkt ist, dass diese in den internationalen Kreislauf (Globalisierung) zu den alten Zentralen zurück fließt, so dass gegenseitige Abhängigkeiten entstehen. Es betrifft vor allem die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China.

### **ALBA – das regionale Bündnis des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts im kapitalistischen Globalismus der Postmoderne**

Seit dem Fiasko mit der III. Internationalen unter der Gewaltherrschaft von Stalin, dessen vulgärer historischer Marxismus zu einer falschen Einschätzung der Gefahren des Faschismus führte – eine Gemeinsamkeit mit der deutschen Sozialdemokratie – und mit dem Ausscheren von Mao Zedong aus dem kommunistischen Block unter der Präsidentschaft von Nixon existiert innerhalb der sozialistischen Regierungs-Ebene zwischen Lateinamerika und Ostasien keine institutionelle Debattier- geschweige denn eine Koordinierungsstelle gemeinsamer Politik. Der globalisierte Tentakel-Kapitalismus weist zwar in der Konkurrenz untereinander Widersprüchlichkeiten auf, im Übrigen zelebriert er eine eifrige „anglizistische Kommunizierfreude“, verfügt über internationale Institutionen wie Weltbank, die NATO sowie über ein weltumspannendes Börsen – und Finanznetz, das – von Frankfurt aus gesehen – morgens in Japan seine Arbeit beginnt, um am Abend in den USA zu enden. Der Kapitalismus weist über die „Rationalität“ des Kapitals (Max Weber) und seine Tentakelvernetzung ein gemeinsames Verständnis von Kultur auf, das er in alle Welt exportiert und was in toto „Globalisierung“ genannt wird.

Für Fredric Jameson, der in Kuba wie China häufig zitiert wird, ist in seiner kommutativen, vor allem kulturellen Totalität die Postmoderne entstanden und mit ihr eine neue Form der Globalisierung, die Globalisierung in der Postmoderne. (9). Die Kultur-Botschaft Hollywoods wird aber nicht überall in reiner Form aufgenommen. Im Zusammenstoß mit den lokalen traditionellen Kulturen über den kapitalistischen Verwertungsmarkt von Kultur entsteht für den mexikanischen Theoretiker Néstor García eine hybride Kulturform (10). Aus Hollywood entsteht Bollywood, aus US-Schnulzen brasilianische Novelas, aus Westernfilmen Kung Fu. Wer an dieser ökonomisch und kulturell forcierten Integration in die Postmoderne nicht teilnehmen will, muss sich ausklinken („delink“), was die wenigsten wagen (Burma bis vor kurzen, Teile der islamischen Welt, Nordkorea). China und Kuba versuchen einen Mittelweg durch Kontrolle der Medien einschließlich des Internets, um den Impakt des postmodernen Globalismus bis in die Schlafzimmer ihrer Bürger zu kanalisieren. Angesichts des Totalitätsanspruchs der Globalisierung mit zweifelhaften Erfolg. Fast schon verzweifelt – aus der Sicht der traditionellen „reinen Lehre“ – aber aus den praktischen Zwängen der historischen Situation heraus – erprobt daher China das Wagnis: Wenn von außen der globale Prozess nicht kontrollierbar ist, dann vielleicht von innen, indem das sozialistische China sich zum Teil der bisherigen kapitalistischen Globalisierung macht und ihren Charakter zu modifizieren versucht.

Zwischen den sozialistischen Länderblöcken Lateinamerika/Ostasien existiert ein „institutioneller Kommunikations- und Debattiermangel“. Es gibt keine 4. Internationale. Von einer „Sprachlosigkeit“ möchte ich nicht reden. Kommunikation schlägt sich in gemeinsamen Beschlüssen auf UNO-Ebene und seinen Unterorganisationen nieder, in bilateralen Handelsverträgen, in Solidaritätsbekundungen punktueller Art, in der Gruppenbildung in übergreifenden Organisationen, in denen die Sozialisten in der Minderheit sind. Angesichts der bisherigen Übermacht der kapitalistischen Globalisierung in der Postmoderne vermögen sie nicht eine eigene unabhängige Kommunikationschiene weltweit aufzubauen, autonom und in Konkurrenz zum kapitalistischen Netz. Deshalb benutzen sie – vor allem China – die „Textur“ der Globalisierung, wie in einem (fremden) Telefonnetz mit eigenen Botschaften. (Text oder Textur verstanden in dem Terminus der textualen Kultur der Semiotik als Sprache, Kommunikation,

Information, Übersetzung in dem „kanonischen“ Modell der Globalisierung von Göran Somesson (11). Kuba steht dabei abseits. Die Blockade der USA wirkt sich am stärksten auf internationale Kontakte Kubas aus. Diese trifft z.B. die kubanische Medienindustrie (Dolby, Unterseekabel). Unter dem Druck der Globalisierung mit seinen bisherigen imperialen Vorzeichen betonen die sozialistischen Staaten die Nichteinmischung in interne Angelegenheiten des jeweiligen Landes, wohl als defensiver Schutzschild gegen die Omnipotenz der USA zu verstehen. Dieses Prinzip der Nichteinmischung wird auch auf sozialistische „Bruderstaaten“ des jeweils anderen Blocks übertragen. Angesichts dieser erschwerten Rahmenbedingungen und Gepflogenheiten ist die Gründung eines gemeinsamen Bündnisses sozialistischer Staaten auf lateinamerikanischer Ebene, ausgehend von Venezuela, nicht hoch genug einzuschätzen.

ALBA ist die Abkürzung für Alternativa Bolivariana para las Américas, wörtlich übersetzt Bolivarianische Alternative für die Amerikas. Bolivariana steht für Bolívar, den Befreier Lateinamerikas vom kolonialen spanischen Joch vor 200 Jahren, dessen Plan eines integrierten nachkolonialen Lateinamerika scheiterte. Der hoheitliche Name für die Republik Venezuela ist in der Amtszeit von Chávez um Bolivariana erweitert worden, als Zeichen für die Bewegung um ein einheitliches Lateinamerika. „Die Amerikas“ steht für die beiden Teile des Kontinents die Karibik und Südamerika. Auch hierin steckt ein Programm. Die USA sind ausgeschlossen. Aktuelle Mitglieder sind die sozialistischen Staaten Bolivien, Ekuador, Venezuela, Kuba, Nicaragua, sowie die kleineren karibischen Inseln Antigua und Barbuda, Dominica und St. Vincent und die Grenadinen. Die Exklusivität dient der programmatisch sozialistischen Geschlossenheit des Bündnisses, ein Grund, warum die Präsidenten von Argentinien Kirchner und von Brasilien nach Claudio Katz die Gründung 2006 erfolglos hintertrieben haben, die dem ideologischen Kreis der „liberalen Sozialdemokraten“ zuzurechnen sind (12). Das Bündnis ist politisch und wirtschaftlich begründet. Ein aktuelles Beispiel für seine politische Funktion ist der Streit um die Aufnahme von Kuba in den VI. Gipfel All-Amerikas, der im April 2012 in Cartagena, Kolumbien stattfindet (13). Die Mitglieder von ALBA sind gegen die Beibehaltung eines Ausschlusses Kubas. Claudio Katz weist auf die politökonomischen Ziele hin: Aufbau einer geschlossenen antiimperialistischen Front in Lateinamerika unter Mobilisierung der Massen, Aufstellung gemeinsamer strategischer Programme, verbunden mit gemeinsamen sozialen Zielen, die mit dem Sozialismus verbunden sind. Der Kubaner Osvaldo Martínez zieht aus den gescheiterten vorangegangenen Versuchen von Integrationsbemühungen wie ALCA einige Schlüsse für eine zukünftige Integration Lateinamerikas (14): Die lateinamerikanische Integration mit den USA im Boot ist nicht möglich. Die regionalen – nationalen Oligarchien sind unfähig für eine Integration. Im Gegenteil. Sie sind die Ursache für das Auseinanderdriften der Staaten und ihre Ungleichgewichtigkeit. Die Integration muss allumfassend die Politökonomie, die Sozialpolitik und Kultur umfassen.

Entscheidend für den Sozialismus des XXI. Jahrhundert ist die Auseinandersetzung mit dem Tentakelkapitalismus in den eigenen Ländern, wie von Virginia Fontes darstellt. Einerseits haben die internationalen und lokalen Kapitale ihre ökonomischen Schlüsselstellungen auch in den heute sozialistischen Ländern in den letzten Jahrzehnten ausbauen können, bevor die sozialistischen Staaten an die Macht kamen. Im dialektischen Sinne ist daher der „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ die Antwort auf die kapitalistische Expansion. Andererseits stehen die sozialistischen Regierungen in der Verantwortung gegenüber den Erwartungen ihrer Wähler auf eine fühlbare Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Massen. Die Erwartungen der Massen können in erster Linie über eine Umverteilung des erzeugten Mehrwerts erfüllt werden, z. B. für die Bereitstellung von sauberem, unentgeltlichem Wasser, für preiswerte Transporte, für eine Grundversorgung an Gesundheitsleistungen, für besseren Wohnraum und vor allem für mehr Arbeitsplätze, wie der bolivianische Präsident Morales u.a. vorschlägt und praktiziert. Ein Kernpunkt des Wahlprogramms von Hugo Chávez für die neue Kandidatur im Oktober 2012 ist der Bau von 2 Millionen neuen Häusern in diesem Jahrzehnt. Die Finanzierung erwirtschaften zum Teil

die internationalen und lokalen Kapitale. Eine Todschatz-Hammer-Politik gegen sie würde zum Investitionsstreik und zur Kapitalflucht führen mit verheerenden ökonomischen Folgen.

In diesem Punkt günstiger ist die Ausgangslage in Kuba. Das Land setzte in den Monaten nach dem Triumph der Revolution eine Enteignung der ausländischen und privaten einheimischen Kapitale durch; dieser Weg ist den sozialistischen Demokratien verwehrt. Also sind praktische Wege gefragt, abgestellt auf die jeweilige konkrete nationale Machtlage: Kann der öffentliche Produktionssektor ausgedehnt werden, ohne dass die lokalen Kapitale dies als eine totale Kampfansage auffassen? Kann die nationale Politik die internationalen Konzerne und ihre Ableger neutralisieren und zwischen große und kleine lokale Kapitale unterscheiden? Kann der Druck der Massen (Volksmacht, Poder popular) soweit aufgebaut werden, dass die lokalen Oligarchien sich mit einem geringeren Profit zum Beispiel über eine stärkere Besteuerung zufrieden geben?

Was lehrt der praktische Weg im Rahmen des sozialistischen Modells? Der Enthusiasmus der Massen für sozialistische Ziele wäre am ehesten garantiert, wenn zwischen der Belastung der Reichen und einer fühlbaren Verbesserung der sozialen Lage der Massen eine unmittelbar einsichtige Verknüpfung hergestellt wird. Neben dieser hohen Staatskunst über praktische Umverteilungsfragen geht es um die allgemeine ökonomische Entwicklung des Landes, also um das Wirtschaftswachstum. Die Einnahmen des Staates sind höher, der soziale Konfliktstoff wäre geringer, wenn über eine wachsende Wirtschaft Arbeitslose oder landwirtschaftlich unproduktiv Beschäftigte in einen wachsenden Arbeitsmarkt integriert werden (der chinesische Weg) und die internationalen wie lokalen Kapitale sich ihren Teil vom wachsenden Kuchen des Sozialprodukts abschneiden können, ohne dass sich die Umverteilung als Machtfrage jedes Mal stellen muss. Über ein gesamtwirtschaftliches Wachstum kann aber eine sozialistische Regierung – wie die nichtsozialistischen auch – nur begrenzt entscheiden. Die anderen Akteure sind die internationale Konjunkturlage, sowie die internationalen und lokalen Kapitale. Für die sozialistischen Regierungen bedeutet dieser Schwebestand in der Ausbalanzierung der Kräfte eine permanente Anstrengung, den Sozialismus zu behaupten und auszubauen. Dies kann mit ALBA in einem gemeinsamen Bündnis eher geschehen als allein auf sich gestellt.

Für Kuba wie China scheint die Macht als Frage des Eigentums durch ihre Revolutionen entschieden. Deshalb sieht Kuba auch in dem Hereinlassen „frischen“ ausländischen Kapitals kein ideologisches Problem mehr – seitdem das Land sich mit dem Untergang des Ostblocks konfrontiert sieht. Es entstehen neue Widersprüche im Umgang mit kapitalistischen Realitäten im eigenen Land. In einem „episch“ angelegten Buch über die Geschichte des Nickels in Kuba wird die Enteignung des amerikanischen Nickel-Unternehmens durch die Revolution und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und der technischen mit der Tschechoslowakei beschrieben. (15). Mit dem Wegfall des sowjetischen Investors bot sich der kanadische Konzern Sherrit-Union-Nickel 1990 als neuer Partner an; seine geschäftlichen Interessen überwogen gegenüber dem Embargo des südlichen Nachbarn. Ideologisch gesehen: Bezieht man Kanada in den imperialistischen Kreis mit ein, unterlief das Profitinteresse des kanadischen Multis Sherrit die Strategie des Ultra-US-Imperialisten, Kuba durch die Wirtschaftsblockade in die Knie zu zwingen. 1994 kam es zur Gründung eines gemischten Unternehmens (empresa mixta), die bisher investierten 2 Milliarden Dollar sind das größte Engagement des Auslandes in Kuba, und belegen das Vertrauen des Konzerns in das sozialistische Kuba. Aus den Sätzen des Autors des betreffenden Abschnittes, Raúl de la Nuez, (16) klingt Bewunderung über das kapitalistische Auftreten: Die Professionalität und Intelligenz des ausgewählten Personals schuf bei den Verhandlungen ein integratives Arbeitsklima trotz der unterschiedlichen Kulturen und Sprachen. Sherrit erstellte eine exzellente logistische Organisation auf. Nach der Beurteilung des Kubaners wurde eine Firmenphilosophie entwickelt, die die bisherigen Flaschenhälse in der Produktion aufspürte und beseitigte, um die maximale Kapazität auszuschöpfen. Das Personal wurde in Kanada auf seine

zukünftigen Aufgaben mit neuen Techniken geschult, um die erhöhten Parameter der Effizienz zu realisieren. Es wurden neue Leitungstechniken und Technologietransfers angewendet. Es wurde von vorneherein ein Leitungssystem für die gemeinsamen unternehmerischen Entscheidungen geschaffen im Interesse der Aktionäre, und ein formaler Plan für das Funktionieren des gemeinsamen Board of Directors (Junta de Directores). Heute hat das Werk in Moa, im Osten Kubas, die weltweit höchste metallurgische Effizienz. Natürlich ist dies ohne die Kooperation der Kubaner nicht möglich. Ihre Tüchtigkeit, ihre Arbeitsbegeisterung, in einem hochtechnologisierten Unternehmen zu arbeiten und einen Teil des Lohnes in Devisen zu erhalten, trägt zum Erfolg mit. Dies hat aber seinen Preis. Weil Sherrit den weltweiten Vertrieb des hochbegehrten Minerals in die Hand nimmt, ist auch Kuba in den internationalen kapitalistischen Markt einbezogen, neben dem weiteren Standbein, dem Tourismus. Hinzu kommt das Faszinosum, dass das Rationale des Kapitalismus (Max Weber) auf die lateinamerikanische Welt ausüben kann. Wenn in der kapitalistischen Glitzerwelt der Shopping-Malls in Caracas oder Sao Paulo die Armen den Konsumtand betrachten, ist ihre Begeisterung begrenzt, weil sie sich nicht in diese Traumwelt einkaufen können, im Fall von Sherrit geht es um zentrale Begriffe von Marx, um Kapital und Arbeit.

ALBA zeigt einen Weg auf, wie den Gefahren einer kapitalistischen Abhängigkeit und Verführbarkeit begegnet werden kann: Mit der Hilfe des Bündnisses entziehen sich die sozialistischen Mitglieder für einige ökonomische Bereiche dem kapitalistischen Marktkreislauf in der Globalisierung – zum Beispiel durch „sozialistische Barter-Geschäfte“ zwischen Venezuela und Kuba, populär geworden im Slogan: „Öl gegen Ärzte“. Es geht nicht nur um 40 tausend kubanische Ärzte für Venezuela, zusätzlich werden 600 integrale diagnostische Zentren errichtet, 5000 medizinische Techniker bereit gestellt, 10 000 ausländische Studenten können in Kuba ihren Bachelor an Universitäten machen und anderes. Als Gegenleistung liefert Venezuela Öl zu sicheren Konditionen und fairen Preisen. Beide nutzen eine spezielle Form von „komparativen Kostenvorteilen“ aus, die schon der von Marx bewunderte klassischer Nationalökonom, David Ricardo, beschrieben hat. Ähnliche wenn auch nicht so profunde Beziehungen gibt es zwischen Kuba und anderen sozialistischen Ländern. China engagiert sich im Hotelbau in Varadero, Reis wird aus Vietnam importiert, Ölsardinen aus Ekuador. Die riesige Offshore Bohrinselflache zwischen Florida und Kuba, die angesichts vielversprechender geologischer Bedingungen den Energiemangel Kubas beseitigen soll, wurde in China gebaut und wird von der spanischen Ölfirma Repsol bedient. Eine „sozialistische“ Entwicklungsbank ist ein Weg, sich von der kapitalistischen Finanzwelt unabhängiger zu machen.

### **Demokratie – ein Baustein des „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“**

Für Revolutionsländer wie China oder Kuba scheint die politische Machtfrage in puncto Eigentum zwischen Kapitalismus und Sozialismus grundsätzlich entschieden zu sein, auch wenn sie sich den „Marktgesetzen“ nicht entziehen können – im Gegensatz zu Ländern, die in einer parlamentarischen Demokratie mit Tentakelkapitalismus leben. Warum also nicht den Revolutionsweg der Ochsentour des demokratischen Modells der Machtübernahme vorziehen? (Unter Revolution verstehen wir hier den gewaltsamen Staatsstreich, nicht als ständige Transformation wie die „bolivarianische Revolution“ Venezuelas). Derartige Überlegungen, die aus dem Handbuch für den Guerilla-Krieg eines Régis Debrays der 60iger Jahre stammen, haben mit der realen Politik in der heute aktuellen Polit-Konstellation Lateinamerikas wenig zu tun: Eine Revolution, zudem noch eine erfolgreiche, kann man nicht so ohne weiteres mit ein paar entschlossenen Berufsrevolutionären machen, die eine revolutionsreife Situation ausnutzen und die Massen auf ihre Seite ziehen. Eine solche, mehr im Mythischen angelegte ex-post- „Revolutionstheologie“ eines Régis Debray übersieht den Berg, der sich vor einer ex-ante Revolutionsstrategie auftürmt.

Hans Heinz Holz hat in einem launigen Artikel in der kubanischen Zeitschrift Marx Ahora (17) das scheinbar bizarre Verhalten Lenins beschrieben, der mit dem Eintritt des zaristischen Russlands in den 1. Weltkrieg nichts anderes im Kopf gehabt hatte, als sich vom Herbst 1914 bis Frühjahr 1915 in die Schriften von Hegel über die Wissenschaft der Logik sowie über die Geschichte der Philosophie in seinem Berner Exil zu vertiefen, zudem noch die Metaphysik des Aristoteles zu studieren, während nicht weit vor seiner Tür der Vormarsch der Zaristen in Ostpreußen zerschlagen wird, andererseits Österreich-Ungarn in Galizien verheerende Verluste durch Russland erleidet, an deren Folgen die Habsburger Monarchie Jahre später zugrunde ging. Ein ironischer Vorgang, man könnte auch sagen, ein Treppenwitz der Geschichte. Aber so war es nicht. Lenin wollte mit Hegel die „Zeitlichkeit“ von Revolutionen historisch, sowie logisch-ontologisch erfassen. Und es hat funktioniert! Trivial formuliert, ein Konzept des günstigsten Augenblicks zum Staatsstreich auf philosophischen Weg ergründen, den einen Moment, den absoluten Punkt, den abrupten Bruch der Zeit wie eine Explosion oder Erdbeben, das schmale Fenster, das sich für den Augenblick geöffnet hat. Wie ein Neugeborenes, das lange im Stillen seine Nahrung bezog und den ersten Atemzug macht, von dem ab eine neue Qualität gilt.

Dieser Moment des Neuen aus dem Handeln von Revolutionären ist nach Holz (und anderen wie Anderson) philosophisch fundierbar. Sie ist eine idealisierte Abstraktion aus der logischen Formel der Dialektik von Hegel. Die „Identität der Identität und der Nicht-Identität“ drückt dieses nach Holz aus. Bemühen wir uns an dieser Stelle um ein eigenes Verständnis dieser komprimierten und deshalb schwer verständlichen Aussage (18). Der „Schöpfer“ der Ära der Postmoderne, Fredric James, hat mit fast den gleichen Worten vor Holz die gleichen Zusammenhänge dargestellt (19). Der ontologische Begriff der Identität hat lange Philosophen beschäftigt. Hegel wollte mit seiner Formel: Identität der Identität und der Nicht-Identität die alte von Descartes, „Ich denke, also bin ich“ ablösen. Zerlegen wir die Aussage in ihre zwei Teile, in der Hoffnung, Hegel nicht Unrecht zu tun: „Ich bin ich“, die Identität der Identität ist das eine. Aber in welcher Form bin ich? Hegel hat erkannt, dass das Wesen der Identität aus dem Anderssein, der Differenz, aus der Opposition heraus - man kann auch sagen Distanz - erkennbar wird, eben aus der Nicht-Identität. Ego et Alter. Wenn ich mich neben mich stelle und quasi von außen betrachte, meine Subjektivität zum Objekt mache, kann ich ein kritisches Verhältnis zu mir selbst gewinnen, die Voraussetzung für eine autonome Selbstkritik, die mir nicht von außen aufoktroiert wird.

### **Analytischer Marxismus contra Orthodoxie**

Der selbstkritische Umgang mit mir selbst, die Bereitschaft, sich permanent auf den Prüfstand stellen, ist wesentlichstes Element eines Sozialisten und Marxisten von heute, der sich selbst (sicher) sein will, aus der Sicht des Anderssein - der Nicht-Identität. Oder der für sich neue Unsicherheiten schafft, wo vorher eine falsche Sicherheit bestand. Daraus folgt: Als Marxist kann ich mich nicht darauf beschränken, die Werke von Marx herauf- und herunter zu deklinieren, wie es die marxistische Orthodoxie tut. Sie sind in ihrem historischen Kontext eingebettet. Ich muss das in meiner Zeit Verfügbare hinzu ziehen und Marx Werk daran messen: neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse, geschichtswissenschaftliche, kosmologische; ich muss mir ein Grundwissen verschaffen über die Psychologie, die Soziologie, die Evolutionstheorie, die Neurologie, nicht zu vergessen die klassische und aktuelle bürgerliche und kritische Philosophie wie die Frankfurter Schule, den Strukturalismus als Ausfluss der Linguistik und Semiotik. Mein Eindruck: Die kubanischen Editionen vor allem der Ciencias Sociales in Havanna verfolgen – unausgesprochen – dieses Ziel. Zu allerletzt, wenn mir noch die Zeit dazu bleibt, könnte ich den eitlen Luxus eines privaten Hobbys aus dem philosophischen Schatz-Kästlein fürs Intime pflegen: den Existenzialismus. Zuviel verlangt? Es geht hier nicht darum, die „Pose von Universaltheoretikern“ einzunehmen, wie sie der Rezensent Jörg Später in der SZ vom 24. März den Autoren Dietmar Dath und Barbara Kirchner unterstellt. Denken wir an Marx und Lenin, die ohne Professorentitel und



universitäre Fazilitäten aus den öffentlichen Bibliotheken von Paris, London, München, Bern und Zürich ihre Texte auf Tausenden von Seiten in Dutzenden von Kladden handschriftlich exzerpieren mussten und während dieser zeitraubenden Arbeit schon eine Vorsortierung des später zu Publizierenden vornahmen – eine einzigartige Quelle, um den geistig-materialistischen Weg ihres Denkprozesses nach zu vollziehen, ein effektiverer Weg, als nach Lenins Tod sein Gehirn zu obduzieren, um in den Milliarden von neuronalen Verknüpfungen dem Genie nachzuspüren.

Das Identische mit dem Anderssein zu konfrontieren, um das Identische zu gewinnen, gilt auch für die gesellschaftlich-politische Ebene. Ein Beispiel aus der Linguistik, der Semiotik, aus der sich der Strukturalismus gebildet hat: Deutschland, Deutschsein, deutsch – aus der „deutschen“ Geschichte ein hochemotionalisierter und zudem für Linke ein heikler Begriff, weil zu stark vom Nationalismus geprägt. Fälschlicherweise, denn die „Deutschen“ wurden sich im Frühen Mittelalter erst ihrer eigenen Identität bewusst, als zuvor die Nachbarn das kulturelle und politische Gebilde, das sich aus den Stämmen bildete, als Einheit erkannten und mit verschiedenen Begriffen ihrer selbst benannten. Die Slawen als „nemets“, die Stummen, die mit den Slawen nicht reden konnten, weil man ihre Sprache nicht verstand, die Franzosen und danach die Spanier als „Alemania“, weil der Stamm der Alemannen an Frankreich grenzte, die Engländer - Germany - übertrugen seit der Renaissancezeit die wohl älteste Bezeichnung auf das „Volk“ in der Mitte Europas von Tacitus. Seit dem Frühmittelalter übernahm dieses Volk nicht eines der Begriffe seiner Nachbarn oder des eigenen Königs, sondern nannte sich in einem kollektiven, zugleich anonymen Texturprozess „deutsch“, was so viel wie „Volk“ heißt. Der Prozess der Wortbildung „deutsch“ trug seinen Impuls von den benachbarten Völkern, ohne eine der nationalen Wortbildungen zu übernehmen. Deutsch steht etymologisch für das Anderssein, nicht für das Trennende. Linke haben keinen Grund für ein Tabu, wie die Rechten kein Anrecht haben, „Deutschland“ dämonisch überhöht für sich zu vereinnahmen.

Lenin studierte die Logik von Hegel zu Beginn des Weltkrieges, um sich seiner Identität als Revolutionär auf philosophischer Art sicher zu sein, ein Dokument seiner geistigen Verwurzelung mit der deutschen klassischen Philosophie, weit entfernt von den meisten deutschen Politikern heute. Dessen sollten wir uns vergewissern, wenn in 5 Jahren der hundertste Jahrestag der Oktoberrevolution ansteht (20). Es kann aber nicht übersehen werden, dass Lenins Parteienmodell für die junge Sowjetunion eines „demokratischen Zentralismus“ oder die „Diktatur des Proletariats“ einem Demokratieverständnis widerspricht, den wir im nächsten Abschnitt darstellen. Wenn allerdings Rudi Dutschke seine Dissertation 1974 „Zur Differenz des asiatischen und europäischen Weges zum Sozialismus“ betitelt und Lenin „asiatische“ Formen der Produktion, des Staates und somit des Denkens unterstellt, verwendet er hinter einem geographischen einen undiskutablen rassistischen Begriff seiner Elterngeneration, mit der er doch abrechnen wollte.

Die Wirklichkeit mit ihren Imponderabilien „verschmiert“ philosophische Klarheiten über Revolutionen. Viele vorher nicht einkalkulierte und einkalkulierbare Faktoren drängen sich auf, und man braucht – so würde ich hinzufügen – auch eine Portion Glück zum Erfolg bei aller revolutionären Entschlossenheit, Glück verstanden als das Eintreten günstiger Konstellationen ohne eigenes direktes Eingreifen. In keinem Handbuch für Berufsrevolutionäre stand geschrieben, dass der Generalquartiermeister Erich Ludendorff, in den letzten Jahren des Kaiserreiches faktisch ein Diktator (Manfred Nebelin), im vollen Vertrauen auf die „Revolutionskunst“ Lenins ihn in einem plombierten Sonderzug nach Petersburg schicken würde, um mit dem „Bazillus Lenin“ den Zweifrontenkrieg zu beenden. Aber bevor er nach dem Waffenstillstand in Brest-Litowsk, wo zum ersten Mal die Offiziersjunker der kaiserlichen Armee auf echte Bolschewiki stießen, die im Osten freigewordenen 100 Divisionen an die Westfront werfen konnte, musste er einen Raubzug in die Kornkammern der Ukraine durchführen, um die Heimat vor dem Verhungern im

„Steckrübenwinter“ 1917 zu retten (21). In den verlorenen Monaten erschienen die Amerikaner im Westen an der Front und machten den Plan Ludendorffs zunichte.

### **Machtergreifung über Revolution oder Demokratie?**

Eine Revolution ist nicht planbar. Sie ist nicht der Geschichte aufzudrängen. Ihr Ablauf ist nicht vorkalkulierbar. Allerdings, wo die erforderliche Entschlossenheit zum Zuschlagen nicht gewagt wird, geschieht nichts. Den Zug der Geschichte tatenlos an sich vorbeifahren zu lassen, wäre aus der Sicht des historischen Materialismus eine „Verfälschung“ des möglichen Ablaufs der Geschichte. Der Versuch der Menschen des 20. Julis einer „konservativen Revolution“ gegen Hitler mit ungewissem Ausgang ist zu rechtfertigen, wenn das Nichtstun mit absoluter Sicherheit in das totale Verderbnis führt. Der Briefwechsel zwischen dem „Revolutionär“ Friedrich Engels und dem Austromarxisten und „Revisionisten“ Victor Adler, ist daher in die Kategorie „merkwürdig bis skandalös“ zu katalogisieren – von der bürgerlichen SZ am 21. Februar 12 süffisant rezensiert. Beide einigen sich in einem dem Thema gegenüber deplatzierten gepflegt-akademischen Stil von „Hofräten der Revolution“, dass der bessere Weg der Sozialisten zur Erringung der Macht auf demokratischen Weg in kaiserlicher Zeit wäre. „Aktivistische Exzesse“ seien abzulehnen. Zumindest Engels glaubte, dass ein Teil der Massen revolutionsbereit wären, der demokratische Weg aber vorzuziehen sei. Zur gleichen Zeit analysierte Max Weber mit seinen modernen sozialwissenschaftlichen Methoden, dass der „demokratische Weg“ in den Marsch enthusiastisierter proletarischer Massen in den I. Weltkrieg enden würde, eingebunden in den Militarismus der Kaiserzeit. Hätte man auf den bürgerlichen „Sozialistenhasser“ gehört, als dieser - nicht akademisch, sondern analytisch-empirisch - die Stimmungen in den Berliner Hinterhöfen auffing, wären die „Hofräte der Revolution“ in ein doppeltes Dilemma geraten: Einerseits den demokratischen Weg zu gehen, der in die Katastrophe von 1914 mündete. Andererseits Revolutionär zu sein in einer antirevolutionären Zeit (22).

Heute ist die Alternative der demokratische Weg. Die Spanier Carlos Fernandez Liria und Luis Alegre Zhonero (23) sehen in der Demokratie (parlamentarisches, rechtstaatliches Präsidialsystem mit Opposition) einen Garant für den Sozialismus des XXI. Jahrhunderts. Im umgekehrten Sinne gilt für sie, dass eine profunde Demokratie nur über den Weg zum Sozialismus erreichbar ist. Damit wenden sie sich gegen einen Teil der Linken, die in der Demokratie nur ein formales Mäntelchen des Tentakelkapitalismus sehen wollen. Dieses demokratische Modell betrifft die Länder, die aus historischen Gründen den demokratischen Weg vorgefunden haben wie Venezuela, Bolivien, Ekuador und das ehemals bürgerkriegsgebeutelte Nicaragua. Zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas sehen die spanischen Autoren eine Chance einer demokratischen Machtübernahme und möglicher Machterhaltung ohne konterrevolutionären Putsch. In Nicaragua sind die zeitweise abgewählten Sandinisten wieder an der Regierungsmacht. Die venezolanische Formel Demokratie + Sozialismus + Öl + Armee ist unschlagbar. Aber auch andere Länder unter Einschluss der sozialdemokratischen sind gefeiter gegen mögliche Putschgelüste von Militärs und Bourgeoisie. Ihr heute ans Licht gebrachten Barbareien in Chile und Argentinien empfinden national gesinnte Kapitale als beschämend und abscheulich für Lateinamerika.

Der Prozess, eine formale Demokratie mit sozialistischen Inhalten zu füllen und zu einer fundierten zu machen, ist ein notwendiger Lernprozess für alle Beteiligte, auch für die bürgerliche Opposition. In der konkreten sozialen Lage gibt keine vernünftige Alternative zu ihr, die Macht zu ergreifen und zu erhalten. Sozialistische Programme der Umverteilung und der ökonomischen wie kulturellen Entwicklung sind die attraktivsten für eine Mehrheit der Bevölkerung, die arm ist, in prekären Arbeitsverhältnissen steht, sich im alltäglichen Überlebenskampf aufreißt. In den Ländern Lateinamerikas existiert ein „strukturelles sozialistisches Mehrheitspotential“ beim Gang zur Wahlurne. Den Wahlerfolgen ging in den letzten Jahrzehnten eine Sozialisierung und Politisierung

der Armen – in Bewegungen wie Gewerkschaften voraus (Bolivien), in denen sich vor allem die indigenen Völker politisierten. In Ecuador ist deren Einbindung schwächer, wie der Marsch indianischer Gruppen gegen die „Bürgerrevolution“ (revolución ciudadana) des Präsidenten Rafael Correa zeigt. Diese Bewegungen kristallisierten sich zu Parteien mit Regierungsmehrheiten und mit der neu gewonnenen Qualität setzt sich der demokratische Prozess in Massenbewegungen (poder popular) weiter fort. In derartigen Volksbewegungen geben die Menschen ihre bisherige Stummheit im Postkolonialismus auf, und betreten den öffentlichen Raum (Walter Benjamin). Politisieren heißt, sich seiner gemeinsamen Interessen bewusst zu werden und sich zu politischen Bewegungen und Parteien zusammenzutun. Sozialistisch sein heißt für die Mediatoren des politischen Prozesses, eine Ethik der Gerechtigkeit, der Freiheit und Gleichheit einzunehmen, nicht opportunistisch sondern als die ihnen unverwechselbare persönliche Identität, die sie überzeugend gegenüber ihren Wählern vertreten, und die die Wähler von ihnen erwarten. Nur so kann man sich den praktischen Notwendigkeiten in oft komplexen Verhältnissen tagtäglich bewusst werden und handeln. Eine erfolgreich praktizierte „Volksmacht“ verengt mit demokratischen Mitteln den politischen Raum für die konservative Seite.

Lateinamerika weist traditionell ein präsidentiales Regierungssystem auf, das in konservativer Richtung oft demagogische Caudillos schuf zum Schaden der Völker. Sozialistische Führungsgestalten gehen europäischen Intellektuellen mit ihrem „konstitutionellen Hyperpräsidentialismus“ auf die Nerven. Hugo Chávez wendet sich in seinem sonntäglichen Auftreten im öffentlichen Fernsehen aber nicht an sie sondern an seine Wähler und darüber hinaus an das ganze Volk, das wird von ihm erwartet. Auch die Opposition hat ihre Rolle. Ihre Existenz schafft mehr Transparenz für die politische Entscheidungsfindung. Aus der demagogischen Ecke heraus Politik zu machen, zahlt sich auf Dauer nicht aus. Für die Oligarchen ist es nicht mehr so einfach, im Dunkeln mit ihnen wohlgesonnenen Militärs den nächsten Putsch auszuklüngeln. Sie brauchen Gesichter, die sich dem parlamentarischen Gerangel im Scheinwerferlicht der Medien stellen. Sie sind zu einem Gegenprogramm gezwungen und werden jenseits von Demagogie messbar. Sie müssen gegen den sozialistischen Präsidenten Gegenkandidaten aufstellen. Ihre „Integration in das demokratische Alltagsgeschäft“ nährt sich einerseits aus der ideologischen Gewissheit, dass ihr Neoliberalismus überlegen sei, wie sich in Chile bei der letzten Wahl erwiesen hätte, wobei übersehen wird, dass ein liberales Modell gegen ein noch liberales gestellt worden ist. Andererseits hegen die Konservativen die Erwartung, dass bei Korruptionsfällen, Nepotismus und ökonomischer Miswirtschaft, vor denen auch die Sozialisten nicht gefeit sind, diese bei den Massen ihren Vertrauens-Kredit verspielen – für die Konservativen eine schönere und nachhaltigere Vision als ein blutiger Putsch. Viele werden einwenden, dieses Bild einer idealen Demokratie sei zu schön und damit Recht haben. Aber wie zu Anfang dargestellt, zeichnet sich das Modell des Sozialismus des XXI. Jahrhundert durch die Praxis aus. In der alltäglichen offen praktizierten Auseinandersetzung – konfrontiert mit den Widersprüchen des politischen und sozialen Lebens - findet der Lernprozess für eine demokratische Zivilgesellschaft und für eine neue Form des Sozialismus statt.

### **China als Nutznießer und Antreiber der Globalisierung. Aufbau eines „Sozialismus des III. Jahrtausend“ als chinesisches Modell?**

Das zweitausend Jahre alte Reich der Mitte gibt sich nicht mit einem Jahrhundert zufrieden. Sein zeitliches Denken ist weiter gespannt, sein Wirken heute ist aber schon überall spürbar. Wir konzentrieren uns bei China auf einige Aspekte seines Entwicklungsmodells und den kapitalistischen Implikationen, soweit es aus der kubanischen Literatur erfasst wurde. Das Manko internationaler marxistisch-theoretischer Kommunikation sehen die Autoren Cheng Enfu, Hu Yueming der Akademie des Marxismus (24), wenn sie betonen, dass in Zukunft die beiden Wege des „Eintritts“ und des „Austritts“ internationaler marxistischer Kommunikation erweitert werden,

und die „chinesische Sprache“ über die marxistische Theorie in der Welt verbreitert werden muss. Yan Jirong, Professor an der Pekinger Universität, stellt fest, dass in den chinesischen „akademischen Zirkeln“ verschiedene Sehweisen und Wertungen über das „chinesische Modell“ bestehen (25). Entgegen dieser -theoretischen Unsicherheiten - findet das praktizierte ökonomische Modell Chinas – der sogenannte Konsens von Peking - in seiner Resistenz gegen die Weltkrise viele Bewunderer im Ausland, vor allem in den USA. Zentraler Ansatz des ökonomischen Entwicklungsmodells ist für Shi Weimin von der Akademie für Sozialwissenschaften die Öffnung Chinas für das Internationale Kapital und der Eintritt in die internationalen Märkte im Einklang mit der Globalisierung unter „politischer Orientierung“ (durch die kommunistische Partei, GE). „In diesem Sinn trägt die Globalisierung enorme Möglichkeiten mit sich, die das Land sehr gut zu nutzen wusste“. Dieser Prozess muss mit der wachsenden Nachfrage des Binnenmarktes verbunden werden (26).

Es sind keine neuen Fakten, dass China als Promoter der kapitalistischen Globalisierung auftritt -unter „politischer Orientierung“, wie dies die chinesischen Autoren nennen. China folgt einem Trend. China ist nicht allein neuer Global Player. Es sind die oben schon erwähnten BRICS-Staaten, die in den Globalisierungsprozess mit einsteigen: Brasilien, Russland, Indien, neuerdings auch Südafrika, mit ihnen Indonesien, Vietnam, Südkorea und andere. Greifen wir zwei Autoren schlaglichtartig heraus: Jonathan Friedman: Die Macht verschiebt sich vom euroatlantischen Machtblock zu einer polyzentralen Dispersion. Leo Ching: Dem „Niedergang der Zentralisation“ von Euro-Atlantik folgt eine polyzentrische Neuordnung der Macht auf globaler Ebene (27). Folge ich der These von Friedman und Ching – und ich wüsste nicht, warum nicht – muss mit der relativen Zurückdrängung der USA – ökonomisch und kulturell – die Kultur folgt der Ökonomie, das Wirtschaftliche durchdringt das Kulturelle in einem zeitgleichen Prozess (Fredric Jameson) - der Begriffsinhalt von „Imperialismus“ modifiziert werden. Der Imperialismus im postmodernen Globalismus muss nicht weniger martialisch-aggressiv sein, aber anders gruppiert. Die ökonomisch schwächelnde Heimatfront lässt den Ruf – ideologisch übergreifend von der Occupy-Wallstreet-Bewegung bis zur Tea-Party - stärker werden, zuerst die nötigen Hausaufgaben zu machen und nicht bis in die letzten Winkel der Welt die Tentakelarme auszustrecken und wenn, dann nicht mit dem Fleisch und dem Blut der American Boys sondern mit cyber-space-Drohnen. Die USA zieht sich aus dem Irak und Afghanistan zurück, überlässt das blutige Kriegshandwerk Frankreich und Großbritannien in Libyen und eventuell Syrien, hält aber die Drohkulisse gegen den Iran aufrecht, im Dienste seines engsten Verbündeten Israel, das einen Präventivschlag vorbereitet.

Leo Ching sieht mit dem aktiven Eintritt der - kapitalistischen -BRIC- Länder und anderer in den Globalisierungsprozess eine neue dialektische Qualität. Zum ersten Mal ist das kapitalistische Modell losgelöst von seinem originalen historischen europäischen Spezifikum. Viele stimmen darin überein, dass der Kapitalismus heute ein „globalisierter Algorithmus oder ein operationales Axiom ist, das wie eine riesige Maschine funktioniert, in den Worten von Karl Marx, das sich eine Welt nach seinem eigenen Bild schafft“. Ich möchte – in Anklang an Hegels „Identität ist Identität und der Nicht-Identität“ – hinzufügen, dass in dem Fall, in dem die kapitalistischen Regeln fast überall global siegen, der Kapitalismus seine „Fronten“ nach außen verliert, also die Nicht-Identität, um von außen noch in seiner Kritikwürdigkeit wahrgenommen zu werden. Der Kapitalismus wäre in seiner Identität unsichtbar und somit unangreifbar geworden. Ironisch gesehen: Die USA-Vision ihrer „Pulp fiction-Gesellschaft“ kann sie als erfüllt ansehen, und ihren Imperialismus als nicht mehr zeitgemäß (Mission Impossible“) zu den Akten legen. Die Pax Americana würde sich zu einem - falschen - Versprechen auf einen kapitalistischen Weltfrieden ausweiten.

Dass der Kapitalismus diese Tarnkappe über sich werfen kann, verhindern seine Widersprüche intern und der Sozialismus des XXI. Jahrhundert extern, der den Kapitalismus als das kritisiert, was er ist. Und was ist mit dem sozialistischen China? Die Partei will den aktiv selbstgestalteten

Globalismus auf dessen ökonomischen Teil beschränken unter Ausschluss des kulturellen mit Ausnahme des Kulturexports von chinese food, Kung Fu und ein bisschen Maoismus in Hinterindien (28). Aber auch in dieser Selbstbeschränkung ist es ein gewagtes Konzept: China reitet den kapitalistischen Tiger, China traut sich nicht nur dieses zu, sondern praktiziert diese Praxis mit ökonomischen Erfolg, wenn auch mit einigen negativen Elementen, die das Einlassen auf kapitalistische Methoden so an sich hat, wie Zerstörung der Natur, rechtlose Wanderarbeiter, Korruption, Überschuldung der Regionen und Kommunen. Aber was scheren diese schmutzigen Flecke auf der Weste Chinas eine Angelika Merkel, die sich auf eine Bittreise nach Peking begibt, damit die kommunistische Partei das kapitalistische Europa retten möge?

Zu der „neuen Reformpolitik“ zählt nach Shi Weimin (29) der „preußische Weg“ wie die „Perfektionierung der Verwaltung“, um die Bürger von erniedrigender Behandlung und Schurigeln durch die Behörden zu schützen. Dazu zählt – unter deutscher Beratung – der Aufbau eines unabhängigen Rechtssystems, um die Bürger vor der Willkür von Behörden und Parteiorganisationen besser zu schützen und mehr Vertrauen in die Führung zu schaffen. Unter dem Ein-Parteien-System soll eine „demokratische Orientierung“ hin zu einer „Wahlkultur“ geschaffen werden, zugunsten einer „reifen und rational handelnden zufriedener zivilen Gesellschaft“. Dies alles und mehr in praktischen Projekten, ähnlich wie in Südamerika, unter den erschwerten Bedingungen der Verteidigungsausgaben, der Weltkrisen-Bewältigung und der Geisel der Korruption .

### **Chinas Konsumismus gefährdet die kommunistische Ethik und das Entwicklungsmodell**

Die kommunistische Partei ist in einer Position der Stärke der selbstbestimmten Souveränität, der Autonomie. Kein transnationaler Konzern kann gegen sie handeln, kein Finanzspekulant, keine lokalen Kapitalisten. Wenn hunderte von Millionen mittelständische Kaufkräftige entstehen, ist es der Wille der Partei. Wenn Tausend Dollar- Millionäre ihren Protz zeigen, duldet es die Partei. Sollten sie aber eine rote Linie der Partei überschreiten, können die Reichen ihre Unvorsichtigkeit mit dem Tode bezahlen. Die kommunistische Partei kontrolliert nur sich selbst. In einigem ist aber ihre Allmacht begrenzt: Die kapitalistische Weltkrise hat sie wie den Westen kalt erwischt. Auf einmal muss sie sich Sorgen machen über die Rückzahlung von 1 Billion Dollar Schulden der USA. Einige sagen mit Häme, hätte sie doch mehr Marx Werke ernst genommen. Ärgerlicher könnten die Ergebnisse einer neuen kulturellen Bilanz aussehen. 1978 hatte die Partei zu Beginn der „politischen Öffnung“ eine Analyse der „kulturellen Transformation“ durchgeführt (30). Die Ergebnisse waren ernüchternd. Die politischen Ideale der Massen manifestieren sich in Patriotismus und Nationalismus. Im Allgemeinen ist das Niveau des politischen Bewusstseins der Massen nicht hoch. Die Mehrheit der Bürger pflegt eine negative Einstellung zur Politik. Der Prozess einer „Sozialisation“, d.h. einer Heranführung der Massen an sozialistische Ziele des Staates, den „politischen Menschen“ zu schaffen, hängt von den Informationsquellen ab.

Zu fragen ist, wie sähe eine soziologische Bestandsaufnahme heute aus, nach 30 Jahren erlebten Kapitalismus und Globalisierung? Die Verbesserung der Lebensverhältnisse muss nicht zu einer verbesserten politischen Bewusstseinslage geführt haben. Die inzwischen in der chinesischen Gesellschaft wirksam gewordenen kapitalistischen Unwerte wie Egoismus, Profitsucht, Entsolidarisierung, die Wanderung von hundert Millionen Menschen aus der Landwirtschaft in die neuen Megastädte mit Wohnungsnot, die die Partei in ihrem jüngsten Kongress anpacken will, das Anbeten einer kapitalistisch geprägten Konsumwelt haben ihre Wirkung. Wang Fengzhen von der Akademie für Soziale Wissenschaften meint in seinem lesenswerten Aufsatz „Kartographie der Globalisierung in der chinesischen Kultur“, dass die Einführung von kapitalistischen Lebensweisen bis zu hohen Rängen der Kommunistischen Partei und der Regierung und ihren Kindern, die in einem System des Nepotismus sich aus der Macht ihrer Väter ernähren, zu einer Usurpation von

Eigentum über Beziehungen und Macht geführt hat (31). Unter solchen Umständen –fährt er fort – könnte China ideologisch und politisch sein hierarchisches System in gewisser Weise semifeudalisch fortführen. Es ist möglich, dass China dem Modell eines Neokonfuzianismus Singapurs folgt. Langfristig muss China sich in eine neue Gesellschaft umwandeln, denn sein politisches System (der kommunistischen Partei, GE), muss sich dem ökonomischen (kapitalistischen, GE) anpassen, wie viele Marxisten vorhergesagt haben. Mein Kommentar zu Wang Fengzhen: Gemäß dieser eindimensionalen marxistischen Interpretation wäre das Ende der kommunistischen Partei sicher, falls sie weiter den kapitalistischen Weg geht, und ohne kritische Selbstreflexion blind bleibt gegenüber den kapitalistischen Verführungen. Dialektisch-mehrdimensional gesehen könnte die Zeit für einen zweiten Mao Zedong kommen, der kommunistische Tugenden über eine neue Kulturrevolution durchsetzt, mit hoffentlich weniger Gewalt als die erste. Wahrscheinlicher ist, dass in der Weltkrise die westlichen kapitalistischen Zugpferde für das chinesische Modell ausfallen. In diesem Fall könnte die Hinterlist der Geschichte China in die Lage versetzen, in einem Byeout bankrotte transnationale Konzerne en gros aufzukaufen und sie fit zu machen für die eigenen Bedürfnisse. Die kommunistische Utopie der globalen Dominanz wäre einen Schritt näher, nicht über revolutionäre Visionen sondern über den merkantilen Weg, den die Chinesen bestens beherrschen, nur von Kommunismus könnte man dann nicht mehr reden.

Kommen wir auf näherliegende Tendenzen im chinesischen Entwicklungsmodell zurück. Wang Ning vom Institut vergleichender Studien der Literaturwissenschaft beschäftigt sich mit dem Konsumkult der chinesischen Mittelschichten und die möglichen kulturellen Implikationen, die ich auf das politökonomische Entwicklungsmodell erweitern möchte (32). Er lehnt sich dabei an die Theorie von Fredric Jameson an. Obwohl China als Ganzes noch nicht die Moderne erreicht hat, „überspringen“ gleichsam hunderte von Millionen des neuen zahlungsfähigen „Mittelstandes“ über die Brücke der Globalisierung diese kulturelle Entwicklungsstufe und begeben sich in die Postmoderne, deren wesentliches Merkmal nach Fredric Jameson der Konsumkult ist. Der Einstieg der Massen in den Konsum war nach Jameson in den USA um 1920 der Eintritt in die Modernität, eine positive Komponente des Fordismus, der durch standardisierte Massenproduktion die Produktionskosten soweit absenken konnten, dass sie für die arbeitenden Industrie-Massen erschwinglich wurden. Dieser „famose nordamerikanische Exzeptionalismus“ (33) unterband - anders als in den ökonomisch nachhinkenden europäischen Industrieländern - das Entstehen einer Kultur der Klassenkämpfe - bis heute.

Die kommunistische Partei versucht über den Konsumismus ähnliches, um die Akzeptanz der Partei zu stabilisieren und die innere Einheit des Riesenlandes zu gewährleisten, nach dem Motto: satte Bäuche streiten nicht. Nur ist in China die Transformation von einem Agrar- zum Industrieland – anders als in den USA 1920 – noch lange nicht abgeschlossen, so dass der „Block der Sättigten“ zwar wächst, aber immer noch in der Minderheit ist, mit fatalen Konsequenzen. In diese Schicht – so ist zu vermuten - sind die unteren und mittleren Regierungs- und Parteikader mitsamt ihrer Söhne eingebunden, zur Freude der deutschen Automobilindustrie und der international tätigen Clique von „modernen“ Architekten, die die Megastädte mit kitschigen Konsumtempel und Wolkenkratzern nach dem Beispiel von Dubai überziehen. Da die Spitze der Parteihierarchie in der „4. Generation“ zuvor durch diese „Schule der postmodernen Sozialisation“ gegangen sind, ist meines Erachtens nicht davon auszugehen, dass ihre Ästhetik dem persönlich-spartanischen Stil ihres ideologischen Nährvaters, Deng Xiao Ping, entspricht. Und von einer „intellektuellen Rebellion einer radikalen Avantgarde gegen die Kultur des Mainstreams“ (34), ist in China nichts zu spüren, außer einem verhaltenen Unbehagen in Intellektuellenzirkeln über den chinesischen Weg. Führt eine derartige kulturelle Diversifizierung innerhalb eines Volkes vom agrarischen Semifeudalismus zur Postmoderne schon zu einer abenteuerlichen „sozio-kulturellen Schizophrenie“, so sind die politökonomischen Konsequenzen aus meiner Sicht noch gravierender.

Wie gesagt, das theoretische Entwicklungsmodell von Partei und Regierung sieht bisher die planmäßige Transformation Chinas von einer Agrar- zu einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft vor. Dieses erfordert die Aufwendung enormer Mittel, zum großen Teil über den Export im Globalisierungsprozess finanziert. Praktisch aber absorbiert die Konsumgier der Mittel- und Oberschichten einen erheblichen Teil der für die Transformation notwendigen Ressourcen. Es passiert, was auf dem kapitalistischen Weg Chinas passieren musste. Unter der „Orientierung der Politik“ entsteht eine Mehr-Klassen-Gesellschaft, wo privilegierte Arbeiter in den Metropolen, Mittelschichten, die Bürokratie sowie die lokalen Oligarchen - nach politischen Mitteln greifen, um die Ressourcen langfristig für sich gegenüber Bauern, Wanderarbeitern und städtischen Armen politisch abzusichern, unbehelligt von freien Gewerkschaften und proletarischen Massenbewegungen, die die Partei nicht zulässt. Wie es auch anders gehen kann, zeigt ein Verweis auf das Venezuela von Chávez. Die zentrale Begründung seiner „bolivarianischen Revolution“ ist die Zurückdrängung der Konsumgier der Mittel- und Oberschichten zugunsten der Armen und nicht ihre Förderung. Er geht ein Wagnis ein, was die innere Einheit des Landes bedroht, aber er tut es, als Sozialist.

Wang Fengshen und Wang Ning publizierten ihre Artikel vor 10 Jahren. Heute könnte vor allem Wang Fengshen mit seiner offenen Kritik an die Partei Schwierigkeiten in China bekommen, mit der „4. Generation“ nach der Revolution. Womit kann man eine solche Vermutung belegen? Bei aller Kritik an den eigenen Zuständen, sprechen die jüngeren Autoren (in Tema 2011) nicht mehr von der Partei, ihren Organisationen, ihren Personen sondern von der „Politik“. Diese anonymisierte Politik – so könnte man eine Schlussfolgerung ziehen - verzichtet auf eine Kampfansage gegen den Imperialismus und scheint ihre kritische ideologische Distanz zum Kapitalismus und zu den USA völlig zu verlieren, anders als in Südamerika. Der Einfluss der staatlichen Großbanken soll zugunsten der Schaffung privater zurück gedrängt werden. Gemeinsam mit einem Thinktank des chinesischen Staatsrates haben die Washingtoner Ökonomen der Weltbank (!) eine 450 Seiten lange Analyse über die chinesische Wirtschaft vorgestellt. Weltbank-Chef Robert Zoellick warnt in Peking bei der Vorstellung vor den „Reformverweigerern in der kommunistischen Partei“ (35). Zugleich greift man zu konservativen Werten wie Familie, versucht den schädlichen kulturellen Einfluss des Westens durch stärkere Kontrolle des Internets und Propagierung von mehr „chinesischen Novelas“ zu Hauptsendezeiten des Fernsehens zu begrenzen. Der Kapitalismus wird in seiner kulturellen Dynamik und in seinem falschen Krisenmanagement kritisiert, nicht in seiner Existenz. Folglich empfiehlt Peking dem Westen eine keynesianische Therapie, um seine Krise besser in den Griff zu bekommen. Man fühlt sich den „Yankys“ einschließlich Europa, gleichgestellt, klopft ihnen wohlwollend auf die Schulter und gibt ihnen gutgemeinte Ratschläge aus deren Repertoire, wie entfernten Verwandten, die vor dem Konkurs stehen. Die entscheidende Frage für die Zukunft ist, wie sich das „chinesische Modell“ entwickelt, und welchen Platz andere Modelle wie ein Sozialismus des XXI. Jahrhunderts darin haben könnten. Kann eine Modernisierung in der Postmoderne auf Chinesisch so aussehen, wie Wang Fengshen und Wang Ning anklingen lassen: Hierarchie plus Nationalismus plus Neokonfuzianismus plus Konsumrausch der Mittelklassen plus preußische Effizienz eines Singapur mit Reminiszenzen an eine ferne Revolutionszeit? Es muss nicht so sein, und ein Korrektiv dazu kann die Praxis und Ethik des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts Lateinamerikas leisten.

## Literaturangaben

1 Fernando Martínez Heredia, Socialismo, in Autocríticas, La Habana 2009, p. 32

2 Vorwort Harry Adlers zum „Offenen Brief an den Präsidenten Jugo Chávez Frias“ von Santiago Arconda, 13. Mai 2011.

3 Francois Houtart: Un socialismo para el siglo XXI. Cuadro sintético de reflexión, in: Autocríticas. Un diálogo al interior de la tradición socialista, Ciencias Sociales, La Habana 2009, p. 63

- 4 Virginia Fontes, De la revolución cubana a los imperialismos en América Latina; un ensayo provocador. in: Marx ahora, La Habana 2009, pp.36
- 5 Leo Ching, Globalizando lo regional, regionalizando lo global, Criterios, La Habana 2002, p. 254
- 6 Alberto Prieti Rozos, Evolución de América Latina contemporánea, La alternativa Bolivariana para América Latina (Alba), Ciencias Sociales, La Habana, 2009, pp. 161
- 7 (ibidem, p. 52)
- 8 Herbert Marcuse über Max Weber, Racionalidad y capitalismo, in Fernando Martínez Heredia (Hrsg.) Antología de textos de Pensamiento crítico, Santiago de Cuba 2010, pp. 445
- 9 Fredric Jameson, Notas sobre la globalización como cuestión filosófica, in Criterios, La Habana 2002, pp. 42
- 10 cit. Jameson, p. 56
- 11 Göran Somesson, Dos modelos de la globalización, La Habana, Criterios, p. 113).
- 12 Claudio Katz, Las Disyuntivas del Alba, in: Oswaldo Martínez (Hrsg): La Integración en América Latina, ciencias y sociales, La Habana 2008, pp. 179
- 13 „Die Exklusion von Kuba durch Teile der USA-Regierung ist unannehmbar und ungerecht“, Pressekonferenz des kubanischen Außenministers Patrilla in der Parteizeitung Granma vom 9. März 2012
- 14 Oswaldo Martínez, Alba y Alca, el dilema de la integración o la anexión, in La Integración en América Latina, Ciencias Sociales, La Habana, 2008, pp 199
- 15 Ariel Eulogio Masó Marzal (Hrsg), Epopeya del Níquel in Cuba, Ciencias Sociales, La Habana 2010
- 16 ibidem, p. 87
- 17 Hans Heinz Holz, The October Revolution, in: Marx ahora, La Habana 2008, pp. 34
- 18 Wer sich näher mit dem Thema beschäftigen will, sei auf Kevin Anderson verwiesen. Lenin, Hegel and Western Marxismen, Urbana and Chicago, 1995
- 19 Frederic Jameson, Notas sobre la globalización como cuestión filosofica, in Criterios 33, La Habana 2002, pp.42
- 20 Der andere große Revolutionär der Oktoberrevolution ist der vom Stalinismus gebeutelte Leo Trotsky, dem Raúl Roa Kourí in der letzten Ausgabe der kubanischen Literaturzeitschrift La Siempreviva in emotionaler Weise Gerechtigkeit widerfahren lässt. Raúl Roa Kourí, El hombre que amaba a los perros, , La Siempreviva , La Habana 20011, pp. 18. Er benutzt dazu die Besprechung der kubanischen Ausgabe der Novelle von Leonardo Padua, Der Mann (Trotsky), der die Hunde liebte, der der literarische Star auf dem XX. Internationalen Fest des Buches in Havanna war.
- 21 Als die Mägen knurrten, Frankfurter Rundschau, 31. März 12
- 22 Friedrich Engels - Victor Adler, Briefwechsel, Berlin 2011
- 23 Carlos Fernández Liria, Luis Alegre Zahonero: El socialismo del siglo XXI, Autocriticas, La Habana 2009, pp.90
- 24 Cheng Enfu, Hu Yueming, China: Sesenta anos de investigación marxista, in Temas, April-Juni 2011, Revista La Habana, pp. 4
- 25 Yan Jirong, El modelo chino; Que dicen las investigaciones, in Temas, April-Juni 2011, Revista, La Habana pp. 12
- 26 Shi Weimin, Reforma progresiva, bajo orientación política en China, in: Temas, April-Juni 2011, Revista La Habana, pp. 17
- 27 Jonathan Friedman, Globalización, classe y cultura en los sistemas globales, Criterios, p. 171. Leo Ching, Globalizando lo regional, regionalizando lo global: La cultura de masas, y el asiaticismo en la era del capitalismo tardío, pp.250
- 28 Göran Sonesson, Dos modelos de la globaliazion, in Criterios, p. 109
- 29 Shi Weimin, Reforma progresiva, bajo orientación política en China, in: Temas, April-Juni 2011, Revista La Habana, pp. 17
- 30 ibidem, Shi Weimin, 23
- 31 Wang Fengzhen, Cartografiando la globalización en la cultura china, criterios, La Habana, 2002. p.287
- 32 Wang Ning, Postmodernidad, postcolonialidad y globalización: una perspectiva china, in Criticos, pp. 199
- 33 Jameson p. 60
- 34 Wang Ning, p. 202
- 35 Süddeutsche Zeitung Nr. 81, 2012

Gerd Elvers, Mayari, Kuba, März 2012



